

## **ANTRAG**

der Abgeordneten Ing. Rennhofer, Findeis und Waldhäusl

betreffend **Mehr Energie-Effizienz und Ausbau der Erneuerbaren Energie**

zum Antrag betreffend Offensive Anti-Atompolitik gegenüber Nachbarstaaten,  
LT-808/A-3/59-2011

Die dramatischen Entwicklungen in Japan und Naher Osten & Nordafrika haben eine weltweite Debatte zur Energieversorgungssicherheit ausgelöst. Einerseits hat sich gezeigt, dass die Menschheit die Gefahren der Atomkraft nicht 100 %ig kontrollieren kann, andererseits die Ressourcen für Erdöl und Erdgas begrenzt sind; ein steigender Preis ist daher die Folge.

Das Land Niederösterreich hat den Weg zu mehr Erneuerbare Energien bereits vor vielen Jahren eingeschlagen und bekennt sich klar zu den Zielen des Klimaschutzes (NÖ Klimaprogramm 2009–2012). Niederösterreich steht für stetige Energie-Effizienzsteigerung und für langfristigen Ausbau der Erneuerbaren Energie.

Weitere Maßnahmen sollen in NÖ rasch umgesetzt werden:

- Schaffung eines verstärkten Bewusstseins zur Energieeffizienz und -einsparung soll in NÖ rasch umgesetzt werden
- Gründung einer eigenen Agentur für Energie- und Umwelt
- Schaffung eines „Energiefonds 2015“ für Stromspar- und Effizienzmaßnahmen
- Zusätzliche Mittel des Landes NÖ für Photovoltaik-Förderung 2011
- Eigenes Energie-Effizienz-Gesetz für Niederösterreich
- Erstellung eines Energiekonzeptes für Niederösterreichs Ausrichtung bis 2030
- Ausarbeitung des Niederösterreichischen Klimaprogramms 2013 bis 2020

- Sonderprogramm für Gemeinden bei Photovoltaik- und Solaranlagenförderung öffentlicher Gebäude
- Energie-Schule-Paket mit verstärkten Baumaßnahmen an Schulen, Kindergärten und energiesparenden Maßnahmen
- Ökologisierung der Mobilität durch Förderung von E-Mobilität, Solar-Tankstellen, Ausbau der E-Mobil-Regionen und des Leihradsystems

### **Das Land Niederösterreich hat klare Energieziele formuliert**

- 100 % des Strombedarfs aus Erneuerbarer Energie bis 2015
- 50 % des NÖ Gesamtenergiebedarfs aus Erneuerbarer Energie bis 2020
- 20.000 zusätzliche „green jobs“ in NÖ bis 2020 (aktuell 32.000 green jobs)

Mit dem Energiebericht, dem Klimabericht und dem Umweltbericht evaluiert und protokolliert das Land Niederösterreich regelmäßig die Fortschritte am Weg zu einem zukunftsfähigen und sicheren Energiesystem. Ein wesentlicher Beitrag dazu ist ein offensives und praxistaugliches Ökostromgesetz. Seit Jahren werden dazu auf Bundesebene Reformen diskutiert. Mehrere Novellen des Ökostromgesetzes haben zu einer Stop-and-go-Situation im Förderregime geführt. Für Investoren bildet das Ökostromgesetz heute keinen langfristig planbaren und verlässlichen Rahmen um verstärkt mit Projekten aktiv zu werden. Darüber hinaus sind die finanziellen Mittel im Ökostromgesetz so eng bemessen, dass sich bei der Ökostrom-Marktabwicklungsstelle (OeMAG) lange Wartelisten angesammelt haben.

Die von der Bundesregierung präsentierte **Novellierung des Ökostromgesetzes**, erfüllt bereits einige Forderungen des NÖ Landtags. Ziel ist es, Atomstrom-Importe entbehrlich zu machen und einen „Boom beim Ausbau der Erneuerbaren Energie“ auszulösen.

Als Argument für die defensive Ausrichtung des Ökostromgesetzes wird häufig der Konsumentenschutz ins Treffen geführt. Durch die Ökostrom-Umlage würden die Stromkosten für die Konsumenten zu stark steigen. Die Praxis zeigt ein anderes Bild, wie aktuelle Zahlen der Österreichischen Energieagentur beweisen:

- der Preis für Heizöl stieg 2010 um 22,5 %.

- der Strompreis legte im Jahresschnitt lediglich um 1 % zu
- die Haushalts-Ausgaben für Energie stiegen 2010 um 30 Euro pro Monat
- Ökostrom kostet den Haushalten lediglich 3 Euro zusätzlich je Monat

Der Landtag von Niederösterreich hat sich in mehreren Sitzungen einstimmig für ein effizientes Ökostromgesetz ausgesprochen und hat dabei sehr konkrete Vorschläge gemacht.

Auch im Bereich der Maßnahmen für mehr Energie-Effizienz vermisst der Landtag von Niederösterreich offensivere Signale seitens des Bundes. Im Frühjahr 2010 wurde, nach einem langen und intensiven Prozess (unter Einbindung der Länder und Interessensvertreter), von den zuständigen Ministern die **„Energierstrategie Österreich“** präsentiert. Die Umsetzung der Inhalte erfolgt allerdings nur zögerlich.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **A n t r a g:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1) Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung unverzüglich und mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass:

- 1) die von der Bundesregierung präsentierte **„Energierstrategie Österreich“** unverzüglich vom Ministerrat beschlossen und umgesetzt wird. Es braucht ein klares Bekenntnis zu mehr Energie-Effizienz-Maßnahmen und zu einem offensiveren Ausbau der Erneuerbaren Energie.
- 2) der **Entwurf zur Novellierung des Ökostromgesetzes** überarbeitet wird:
  - a. Die Ausweitung der Mittel (von jährlich 21 Mio. Euro auf 30 Mio. Euro) reicht nicht, um einen echten Impuls auszulösen. Eine Deckelung

verhindert den offensiven Ausbau erneuerbarer Energien und muss daher entfallen.

b. Die vorliegenden Wartelisten von Windkraft- und Photovoltaik-Projekten müssen vollständig abgearbeitet werden – das heißt:

1. Auch jene Anträge, die 2011 eingelangt sind und einlangen müssen dabei berücksichtigt werden
2. Es müssen die vollen Tarife laut Tarifverordnung 2010 und 2011 gelten

c. Die jährlich verordneten Tarife müssen international wettbewerbsfähig sein und einen entsprechenden Anreiz bieten, um den vom Minister angesprochenen „Boom beim Ausbau der Erneuerbaren Energie“ auszulösen.

II) Die Landesregierung wird weiters aufgefordert, die in der Antragsbegründung genannten Maßnahmen raschest umzusetzen, um die Energieziele zu erreichen sowie den eingeschlagenen Weg zu mehr Erneuerbare Energien fortzusetzen.“